

Der Frieden lässt sich nur gemeinsam erkämpfen

Am 01. September 1939 begann mit dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen der zweite Weltkrieg. Fast 30 Millionen Sowjetbürger starben im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Heute sucht man die Erinnerung an diese gewaltigen Opfer vergeblich in der Berichterstattung. Stattdessen dominiert einmal öfter das Bild vom „russischen Barbaren“. Jeder, der diese Hetze nicht mitträgt, wird marginalisiert und diffamiert.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich die Friedensbewegung gerade jetzt nicht spalten lassen darf.

Feindbild Russland – eine Tradition deutscher Kriegspropaganda

Im ersten Weltkrieg wurde mit der Warnung vor dem russischen Despotismus ein „Burgfrieden“ ausgerufen, um die Bevölkerung zum großen Krieg zu mobilisieren. Und auch im zweiten Weltkrieg zeichneten die deutschen Kriegspropagandisten ein dunkles Bild vom „russischen Untermenschen“. Die Propaganda behauptete, der faschistische Raubkrieg sei notwendig, um sich selbst und Europa vor den „russischen Horden“ zu schützen.

In beiden Fällen ist klar, dass es sich um reine Vorwände, um eine Lüge der deutschen Kriegspropaganda handelte. Dem deutschen Kaiserreich und erst recht dem faschistischen Dritten Reich ging es nie um den Schutz irgendwelcher europäischen Werte, sondern immer nur darum, die Bevölkerung für die eigenen Kriegsziele „auf Linie“ zu bekommen.



Die Lehre aus zwei Weltkriegen

Aus den Erfahrungen zweier Weltkriege zog die deutsche Friedensbewegung zwei Schlussfolgerungen:

Erstens, sich niemals vor den Karren der „eigenen“ Kriegstreiber spannen zu lassen. Einfach ist das nicht, denn die Propaganda ist schon immer sehr geschickt darin, ihre Kriegshetze wie ein Werben für Frieden und Völkerverständigung wirken zu lassen.

Zweitens, die Spaltung der verschiedenen politischen Lager zu überwinden. Der Kampf für den Frieden und gegen den Faschismus wurde von den unterschiedlichsten politischen Kräften getragen: von Kommunisten, Sozialdemokraten bis hin zu konservativen Christen.

Die Geschichte wiederholt sich

Die historische Situation ist heute eine andere als vor dem ersten oder dem zweiten Weltkrieg. Doch die Parallelen sind unübersehbar. Innerhalb kürzester Zeit wird jede kritische Stimme mit Hass und Hämie überzogen und werden Kriegsgegner wahlweise als realitätsfremde Träumer

oder als rechte Putin-Fans abgeurteilt. Auch das Bild vom „russischen Untermenschen“ ist schnell wieder da und es stört sich kaum jemand daran, wenn russische Menschen als „Orks“, also unmenschliche Wesen, bezeichnet werden.

Leider gehen auch Teile der deutschen Friedensbewegung dieser Propaganda auf den Leim und vergessen vor lauter Beflissenheit, sich von allem, das irgendwie „rechts“ aussehen könnte, zu distanzieren, jede antimilitaristische und pazifistische Grundhaltung.

Weiter auf Seite 2



Am 1. September,
dem Antikriegstag, findet wieder
die Demonstration gegen
Militarismus und Krieg statt.
Sie beginnt um 15.30 Uhr
auf dem Hachmannplatz
und endet vor dem
Gewerkschaftshaus am
Besenbinderhof.

Liebe Leserin, lieber Leser!

18 Monate dauert nun der Krieg in der Ukraine mit Tausenden Opfern an. Mit der Lieferung immer schwererer und weitreichender Waffen an die Ukraine sind die USA, Deutschland und weitere NATO-Staaten Kriegsparteien geworden. Und dies in einem Konflikt, der uns der Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung aussetzt. Deutschland ist Standort von zentralen Leitstellen der NATO und von Atombombenlagern. Es werden aktuell neue atomwaffenfähige Flugzeuge für die Bundeswehr angeschafft. Was das im Ernstfall bedeutet, kann man sich leicht ausmalen.

Die Beendigung dieser abenteuerlichen Politik und ein baldiges Ende des Sterbens in der Ukraine ist unser wichtigstes Ziel! Wir fordern ein Ende der Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet und kämpfen gemeinsam mit allen, die für ein schnelles Ende des Krieges eintreten, für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten.

Bei uns im Land folgt eine Krise auf

die nächste. Erst Wirtschaftskrise, dann Corona, jetzt Krieg in der Ukraine.

Immer eine neue Begründung für die Ausplünderung der Bevölkerung. Und immer werden erst die Banken gerettet und dann die Existenz einiger und die Profite aller großen Konzerne gesichert. Die großen Konzerne melden wieder Milliardenprofite und schütten Dividenden aus. Die Reichsten der Reichen werden immer reicher.

Ein paar Brosamen fallen für den Rest der Bevölkerung ab. Sie taugen nicht für den Ausgleich von Preissteigerungen und Inflation. Unsere Einkommen werden immer weniger wert. Der Reallohnverlust lag im letzten Jahr bei 4 Prozent. Auch in diesem Jahr wird es so weitergehen.

Wie passt das zusammen? Ganz einfach. Unsere Regierung macht Politik im Interesse der Monopole, der großen Banken und Konzerne. In der Krise werden sie und ihre Profite mit Milliardenkrediten gestützt, für die Schulden gemacht werden. Die Schulden des Bundes belaufen sich aktuell auf mehr als eineinhalb tausend Milliarden Euro (1.500.000.000.000 Euro!!).

Zinsen und Rückzahlungen sollen nicht die Profiteure dieser Politik, sondern die Arbeiter und Angestellten, die Handwerker und Gewerbetreibenden bezahlen.

Das wird zu Recht etwa von den Gewerkschaften kritisiert. Wir unterstützen deshalb die Tarifkämpfe der Beschäftigten und lassen uns nicht einreden, die Forderungen seien zu hoch! Der Zusammenhang von Sozialabbau und Verarmung auf der einen Seite und der Sanktions- und Rüstungspolitik auf der anderen ist nicht zu übersehen. Deshalb:

Geld für Bildung und Gesundheit, nicht für Krieg und Bomben!



Fortsetzung von Seite 1

Gemeinsam gegen die Kriegstreiber im eigenen Land – die Waffen müssen endlich schweigen

Um den Kriegstreibern auf allen Seiten das Handwerk zu legen, müssen wir uns der Kriegshetze entgegenstellen. Unsere Forderungen richten sich dabei zuerst an unsere eigene Regierung. Denn nur hier vor Ort können wir Druck aufbauen, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Die DKP steht an der Seite aller, die sich den Weltkriegsvorbereitungen in den Weg stellen. Wir vergessen nicht, dass dieselben Parteien, die jetzt von „europäischen Werten“

sprechen und uns über die angeblich rechte Friedensbewegung belehren wollen, den türkischen Angriffskrieg in Syrien und den Saudi-Arabischen Angriffskrieg in Jemen unterstützen. Wir vergessen auch nicht, dass sie die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Irak und Libyen mitgetragen haben.

Nur ein sofortiger Waffenstillstand und die Aufnahme ernsthafter Friedensverhandlungen bieten eine Perspektive auf ein Ende des Tötens und Sterbens in der Ukraine. Schaffen wir es, hierzulande ernsthaften Widerstand gegen die Aufrüstung und weitere Kriegsvorbereitungen zu entwickeln, können wir die Regierungen an den Verhandlungstisch

zwingen. Dafür brauchen wir die Zusammenarbeit aller Friedenskräfte, selbst wenn wir mit Einigen wenig politische Gemeinsamkeiten haben!



Olaf und seine Spekulanten

„Auf die Freundschaft“ - mit dem alten Werbespruch von Holsten-Pils begrüßte Olaf Scholz im Jahr 2016 den Verkauf des alten Brauereigeländes in Altona. Damals war der heutige Bundeskanzler noch Erster Bürgermeister von Hamburg. An seinem letzten Arbeitstag vor dem Wechsel nach Berlin 2018 betätigte sich Scholz selbst als Werbetexter: „Nicht extravagant, sondern elegant und gleichzeitig raffiniert“ nannte er den Entwurf für den Elbtower, der seitdem auch als Olaf-Scholz-Gedenkturm bekannt ist.

Zwei gewaltige Immobilienprojekte auf Filetgrundstücken der Stadt, beide mit tatkräftiger Unterstützung seitens der Stadt und Olaf Scholz persönlich für private Kapitalinteressen - beide inzwischen im Strudel von Fehlspekulationen, und beide offenkundig ohne Nutzen für die Menschen in dieser Stadt.

Was hier fehlt, ist vor allem bezahlbarer Wohnraum. Auf den ersten Blick erweckt Scholz den Eindruck, als habe er das Problem erkannt und die Lösung gefunden. Doch das ist nur sozialdemokratisches Illusionstheater. Zur Übergabe des Holstenareals verkündete Scholz, die Stadt werde mit den Investoren verhindern, „dass Männer und Frauen mit normalem Einkommen in der Innenstadt nicht mehr wohnen können“.

Sieben Jahre später steht keine einzige der mehr als 1200 geplanten Wohnungen, keine Luxus- und schon gar keine Sozialwohnung. In der Zwischenzeit hat das Gelände dreimal den Besitzer gewechselt, jedesmal stieg der Grundstückspreis und damit auch die erwartete Miete. Letzter Stand waren 23 Euro pro Quadratmeter, doch das ist auch schon wieder überholt. Immer waren es sogenannte Share Deals, am Staat vorbei.

Etliche Immobilienhaie haben sich daran bereichert, dass hier gar nichts gebaut wird. Zuletzt landete das Gelände bei der Adler Group, deren Kartenhaus offenbar zusammenbrach und gegen die wegen des Verdachts der Bilanzfälschung ermittelt wird. Deshalb steht schon wieder der nächste Weiterverkauf des Holstenareals an, bevor an Wohnungsbau zu denken ist.

Die Stadt hat unter Olaf Scholz und dessen Nachfolger Peter Tschentscher auf ein Vorkaufsrecht für das Areal verzichtet, ebenso wie auf eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, mit der sie in den Markt eingreifen könnte - sie hat überhaupt auf jeden Einfluss darauf verzichtet, was zu welchem Preis gebaut werden soll, bis auf einen Vertrag ohne Konsequenzen.

Am Elbtower wird immerhin gebaut, aber auch der 245-Meter-Wolkenkratzer an den Elbbrücken dient vor allem dem Spekulationsgewinn eines umstrittenen Investors. Die Signa Group des „Ösigarchen“ René Benko ist in Turbulenzen, deshalb höchst fraglich, wie weit sie mit dem Turmbau an der Elbe kommt. Ihren Kaufhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof hat Signa schon zweimal in die Insolvenz geschickt, zuletzt auch die österreichische Möbelkette Kika Leiner.

In Wien fordern die Sozialdemokraten wenigstens, dass Benko die Steuern zurückzahlt, die er den Bürgern schuldet. Die Hamburger SPD-Führung hingegen drückt ihm die Daumen. Schließlich hat sie ihm das Grundstück nicht ohne Grund unter Wert zugeschanzt und die Baugenehmigung

Rüstung runter!

**Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
Verbot von Waffenexporten!**



Wohnungsbau statt Panzer!

an der Bürgerschaft vorbei durchgedrückt.

So geht die Chance auf eine soziale Stadtentwicklung verloren. Man könnte es für dumm und naiv halten, wenn man es nicht besser wüsste - wenn Olaf Scholz es nicht besser wüsste. Der hat in seiner Juso-Zeit klar verstanden, welche Rolle der Staat als ideeller Gesamtkapitalist spielt, als Interessenvertreter der Gesamtheit der Kapitalisten. Nur heute kritisiert er diese Rolle nicht mehr, sondern nimmt sie gerne an.

**Du willst wissen was
wir Kommunisten
schreiben und sagen?**



Abonnier' uns!



unsere-zeit.de

Deutsche Kommunistische Partei

Ach wäre es doch gelungen!

Am 23. Oktober 1923 kam es in Hamburg, organisiert von der Hamburger KPD, zum Aufstand. Im seinem Verlauf wurden Polizeireviere gestürmt und Barrikaden errichtet. In Schiffbek - dem heutigen Billstedt - herrschte ein Arbeiterrat.

Wie war es dazu gekommen? Fünf Jahre nach dem ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution von 1918 erreichte im Herbst 1923 unter bürgerlicher Herrschaft die wirtschaftliche und politische Krise in Deutschland ihren Höhepunkt. Hungerunruhen, Massenstreiks und politische Demonstrationen waren an der Tagesordnung. Über drei Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter streikten und erzwangen im August 1923 den Rücktritt der konservativen Regierung unter Reichskanzler Cuno. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert rief Ende September den militärischen Ausnahmezustand aus und ließ die Reichswehr nach Sachsen und Thüringen einmarschieren, um dort die demokratisch gewählten Arbeiterregierungen aus KPD und SPD abzusetzen. Das vom Reichstag am 13. Oktober 1923 erlassene Ermächtigungsgesetz hob die Grundrechte der Weimarer Verfassung quasi auf. Militaristische, reaktionäre und faschistische Kräfte gewannen immer mehr an Einfluss.

Die Situation war sicherlich eine hoch revolutionäre. Aber innerhalb der Arbeiterklasse war es keineswegs klar, wie die eigenen Interessen durchgesetzt werden sollten. Die Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten wagten den Aufstand. In Eimsbüttel, Barmbek, Schiffbek und Wandsbek kämpften sie „dreimal 24 Stunden“ gegen eine Übermacht von 6000 Polizisten, Reichswehr und Faschisten.



Sie erfuhren die Kraft der Solidarität, als sie dabei von der Bevölkerung mit Essen versorgt, versteckt und beim Barrikadenbau unterstützt wurden. Aber zur selben Zeit gingen viele andere Arbeiterinnen und Arbeiter auch einfach weiter zur Arbeit.

Der Funke der Revolution sprang nicht von Hamburg auf den Rest des Landes über. Es kam nicht zu dem erwarteten landesweiten Generalstreik. So wurde der Aufstand nach drei Tagen abgebrochen.

Die Kämpfenden zogen sich zurück. Ernst Thälmann beschreibt es in den „Lehren des Hamburger Aufstands 1925: „In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrunds gesehen. Und sie werden diesen Augenblick niemals vergessen!“ Gegen mehr 1400 Hamburger*innen wurden in der Folge Strafverfahren eröffnet, es kam in über 300 Verurteilungen zu über 400 Jahren Festungshaft und Zuchthaus.

Weiter auf der nächsten Seite

Wenn wir heute darüber nachdenken, was gewesen wäre, wenn der Aufstand gegen die reaktionäre bürgerliche Politik auf das ganze Land übergesprungen und gelungen wäre, dann fragen wir uns: In was für einer Welt würden wir heute leben? Und wir erkennen, dass die Faschisten wahrscheinlich nicht an die Macht gekommen und der von ihnen angezettelte Weltkrieg verhindert worden wäre.

Und hierin begründet sich die Aktualität des Hamburger Aufstands – nicht in der Form, aber im Inhalt des Widerstands.

Wir müssen die Parallelen erkennen: die Verschlechterung der Lebensbedingungen von immer mehr Menschen, der brutale, menschenverachtende Militarismus dieser Tage, das Erstarken faschistischer Organisationen.

Dem müssen wir uns entgegenstellen, gemeinsam im Kampf für eine Welt, wie sie vielleicht heute schon wäre, wenn der Hamburger Aufstand gelungen wäre, einer Welt frei von Kriegen, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung, einer besseren, einer sozialistischen Welt! Für solche Veränderungen müssen wir eine breite gesellschaftliche Mehrheit gewinnen.

Für diese Kämpfe brauchen wir Kraft. Und diese Kraft wollen wir gemeinsam schöpfen auf einer Kulturveranstaltung mit wunderbaren Künstlerinnen und Künstlern am Sonntag, 22. Oktober 2023 um 12:30 im Kulturpalast Billstedt. Vorab um 11:00 geht es „auf den Spuren der Aufständischen“ zu einem Rundgang durch das damalige Schiffbek.



Hamburger Arbeiterwohnung in den 1920er Jahren

100 Jahre Hamburger Aufstand – Ach, wäre es doch gelungen!

**Eine rote Kulturveranstaltung mit:
Rolf Becker, Kai Degenhardt,
Doris Gercke, Achim Bigus,
Mesut Bayraktar,
Erich Schaffner**

**Sonntag, 22.10.2023
12:30 bis 16:00 Uhr
Im Kulturpalast Billstedt**

**Rundgang
„Auf den Spuren der Aufständischen
in Schiffbek“:
11:00 – 12:00 Uhr**

Öjendorfer Weg 30a, U-Bahn Billstedt
Veranstaltende: DKP Hamburg + (Kuratorium) Gedenkstätte
Ernst Thälmann e.V. + SDAJ Hamburg

Welt im Umbruch

Auch unter Linken haben sich in der letzten Zeit in wichtigen Fragen Widersprüche ergeben. Ursache dafür ist, dass einzelne Ereignisse isoliert betrachtet und interpretiert werden. Als Marxisten wissen wir aber, dass man die Dinge in ihrem Zusammenhang sehen muss, dass erst das Ganze die Wahrheit ans Licht bringt. Deshalb sollen hier ein paar grundlegende Gedanken dargelegt werden, in welche Epoche der weltgesellschaftlichen Entwicklung die aktuellen Ereignisse eingeordnet werden müssen und welche Aufgaben wir Kommunistinnen und Kommunisten uns stellen.

Die Widersprüche des Kapitalismus nehmen zu. Getrieben von dem Ziel des Profits schafft das Kapital immer neue Produktivkräfte der menschlichen Arbeit, nutzt immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse und erzwingt dafür das weltweite planmäßige Zusammenwirken von immer mehr Menschen. Wir sprechen deshalb von gesellschaftlichen Produktivkräften, die vom Kapital genutzt werden. Doch der Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz von einzelnen Kapitalen und Nationalstaaten. Der gesellschaftliche, weltweite Charakter der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit kommt damit zunehmend in Konflikt, was sich in Weltwirtschaftskrisen, Umweltkrisen, sozialen Katastrophen etc. äußert.

Objektiv wächst die Notwendigkeit einer von vorne herein gesellschaftlichen (kommunistischen) Wirtschaftsweise, in der freie Menschen mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln selbstbewusst arbeiten.



Aber der Kapitalismus wird nicht von selbst zusammenbrechen. Er muss bewusst überwunden werden. Der Kapitalismus schafft dadurch, dass er die Masse der Bevölkerung in ausbeutbare Lohnabhängige verwandelt, die keine eigenen Produktionsmittel haben, die soziale Klasse, die – da sie nicht an das kapitalistische Eigentum gebunden ist – nur nach vorne blicken kann. Wir leben in einer Zeit, wo seit der Pariser Kommune 1871 und noch mehr seit der Oktoberrevolution 1917 immer wieder arbeitende Menschen reale Alternativen zum Kapitalismus entwickeln. Das ist der Grund, warum wir unsere Zeit als **„Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus“** charakterisieren.

Innerhalb dieser Epoche lassen sich verschiedene Etappen unterscheiden. Während wir es von 1917 bis etwa 1970 mit einer aufsteigenden Entwicklung zu tun hatten (Entwicklung eines sozialistischen Weltsystems, Befreiungskampf vieler Länder gegen koloniale Unterdrückung), begann danach eine Zeit der Krise, die im Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Länder um 1990 endete.

Doch die fast unbeschränkte Herrschaft des Kapitalismus auf dem Globus unter Vorherrschaft der USA nach 1990 ließen auch die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche ungebremsst anwachsen, was wir u.a. an den schweren Weltwirtschaftskrisen 2008 und seit 2019 sehen können.

Weiter Seite 7

Der Kapitalexport aus den USA und Europa nach China, getrieben von maximaler Kapitalverwertung, führte zur Verlagerung von Produktionskapazitäten nach China. Dadurch ist China, das einen sozialistischen Entwicklungsweg anstrebt, jetzt nicht nur „Werkbank der Welt“ mit knapp 30% der Welt-Industrieproduktion, sondern überholt auch die USA als größte Volkswirtschaft der Welt. Im Ergebnis treten wir jetzt in eine neue Etappe einer multipolaren Welt ein, in der die Alleinherrschaft der USA abgelöst wird.

Doch da die USA ihre bisherige Alleinherrschaft mit allen Mitteln verteidigen will, wächst die Gefahr eines neuerlichen, atomaren Weltkrieges stark an. Auf der anderen Seite werden sich die Kampfbedingungen progressiver Kräfte weltweit verbessern, wenn in einer multipolaren Welt USA und NATO nicht mehr die Macht haben, alle in Botmäßigkeit zu halten, wenn führende europäische Länder ihre neokoloniale Ausplünderung nicht mehr ungehindert fortsetzen können.

Aus dieser Einschätzung ergeben sich als aktuelle Aufgaben der DKP

- Wir bemühen uns im Rahmen des Kampfes für eine multipolare Weltordnung um eine differenzierte Analyse (progressive und reaktionäre Kräfte) der verschiedenen bürgerlichen Länder (z.B. der Russischen Föderation), ohne in Illusionen über ihre wirtschaftlichen und Klasseninteressen zu verfallen. Mit Ländern wie Kuba, China und Vietnam, die einen sozialistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, verbindet uns ein solidarisches Verhältnis.
- Wir wirken in der Bundesrepublik und international für eine breite Friedensbewegung, die der Gefahr eines atomaren 3. Weltkriegs wirksam entgegentreten kann.
- Wir besinnen uns auf unsere Kernaufgabe, das „Wirken in der Klasse“. Wir werden die Lohnarbeitenden in der Bundesrepublik bei ihren Kämpfen unterstützen, um Klassenbewusstsein zu fördern und Klassenorganisationen zu stärken. Insbesondere wollen wir die Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kriegs- und Krisenabwicklungskurs der Herrschenden beenden und Arbeiter- und Friedensbewegung zusammenzuführen.



6 Wochen kostenlos testen!

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Jetzt kennenlernen



Allende – presente!
MTB – Filmnachmittag,
Sonntag, 10. September,
14:30 Uhr Hamburg,
Magda Thürey Zentrum
(MTZ), Lindenallee 72

Chile - 11. September 1973 -
50. Jahrestag
des Putsches in Chile!
Salvador Allende,
Ein Film von Patricio Guzmán,
Chile 2004 / 101 min.
Film und Diskussion
für Getränke ist gesorgt.

Eine Veranstaltung der Kommission Marxistische
Theorie und Bildung beim BV der DKP Hamburg

Die Gewöhnung an die Rechtsentwicklung

In Bergedorf wurde auf dem Platz des alten Lichtwarkhauses eine neue, sehr schöne Kultur- und Begegnungsstätte erbaut. Die Stiftung des Industriellen Kurt A. Körber beteiligte sich an den Kosten und bestand darauf, dass das Haus nach Kurt Adolf Körber benannt wurde.

Nur einen Steinwurf davon entfernt steht ein Mahnmal für die während des Nationalsozialismus in Bergedorfer Unternehmen beschäftigten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Das ist deshalb bemerkenswert, weil Körber Mitglied der NSDAP war und als technischer Direktor der Dresdner Firma Universelle selbst Häftlinge des Frauen-KZ Ravensbrück und andere Zwangsarbeiterinnen unter unzumutbaren Bedingungen beschäftigte.

Der Bezirksversammlung fehlte es offensichtlich an Sensibilität bei der Benennung dieses öffentlichen Gebäudes. Nach anfänglichen Protesten und gescheiterten Versuchen, auf die Vergangenheit Körbers hinzuweisen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Irgendwann - so offenbar das Kalkül - gewöhnt man sich daran und es wird zur Normalität, Veranstaltungen im Körberhaus zu besuchen, ohne den Namen zu hinterfragen. Aber auch der Senat hatte schon kein Problem darin gesehen, die Kurt-A.-Körber-Chaussee in Bergedorf nach diesem alten Nazi zu benennen.

In Billstedt trägt ein Gymnasium den Namen Kurt Körber-Gymnasium. Offensichtlich gab es gegen diesen Namen keinen Widerspruch - weder von der Schulbehörde, der Schulleitung oder dem Elternrat.



Hochgelobt als Mäzen macht man sich offenbar keine Gedanken darüber, wie man den Schülern die Verbrechen des Faschismus erklären will, wenn die Schule nach einem Nazi benannt ist.

Ähnliche Vorgänge, wie es mittlerweile zur Normalität geworden ist, das Geld von Nazis und Antisemiten gerne entgegenzunehmen, und sie in die Mitte der heutigen Gesellschaft zu integrieren, gibt es nicht nur in Hamburg. Zum Beispiel Ehrhardt Bödecker, ein Großspender des Humboldtforums/Berliner Schloss: Obwohl ihm sein antisemitisches und rechtes Gedankengut nachgewiesen wurde, bleibt der Förderverein seinem Großspender treu. Er bekennt sich ohne jede Einschränkung zu ihm.

Die hier genannten Beispiele zeigen, wie rechte Positionen und die Mitgliedschaft in der NSDAP stillschweigend übergangen, ja akzeptiert werden, wenn die finanziellen Zuwendungen stimmen. Zugleich wird damit aber auch faschistisches Gedankengut verharmlost, normalisiert sich und wird wieder gesellschaftsfähig.

Und das ist nicht auf solche lokalen Vorfälle beschränkt. Auch auf höchster Ebene werden Verehrer von Nazi-Kollaborateuren hofiert und rechtsextremes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert.

Es verblasen die Schlussfolgerungen aus der Niederlage des Faschismus, die durch den Schwur von Buchenwald manifestiert wurden: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel".

Kommen Neofaschisten mit Glatze, Springerstiefel und entsprechender Kleidung daher wird dagegen lautstark protestiert, in Kostüm und Anzug werden sie gesellschaftsfähig. Dieser Entwicklung müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Der UZ SHOP

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen
Bücher • Broschüren • Tassen
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel
Antiquariat und vieles mehr
uzshop.de

Katastrophale Personalpolitik der Behörde für Schule und Berufsbildung

Die nächsten 20 Jahre an den Schulen werden hart - so die niedersächsische Kultusministerin. Das ist klar als Drohung zu verstehen! Und ganz offensichtlich geht sie nicht davon aus, dass die Maßnahmen, die die sogenannte „Ständige Wissenschaftliche Kommission“ (SWK) bei der KMK im Januar veröffentlicht hat, kurz- und mittelfristig wirklich etwas gegen den Lehrkräftemangel in Deutschland ausrichten können. Schon jetzt sind nach Angaben der Kultusministerien mehr als 12.000 Stellen unbesetzt. Der Bildungsforscher Klemm kommt sogar zu dem Schluss, dass sich die Fachkräftelücke bis zum Jahr 2030 auf ca. 81 000 Lehrkräfte erhöhen wird.

Aber nun auch noch eine katastrophale Personalpolitik, die n u r auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden soll?

Die von der SWK vorgeschlagenen „Maßnahmen“ zur Verbesserung der Personalausstattung der Schulen orientieren sich an dem Grundsatz, Veränderungen dürfen nichts kosten.

- **Verlängerung der Lebensarbeitszeit (späterer Eintritt in Rente und Pension)**
- **Streichungen der Stundenentlastungen für ältere Kolleg:innen**
- **Einschränkungen der Möglichkeiten, in Teilzeit zu arbeiten**
- **Erhöhung der Klassenfrequenzen (was natürlich sowohl versteckte weitere Mehrarbeit als auch Erhöhung der Arbeitsintensität bedeutet)**

Das sind alles Maßnahmen „on top“, also zusätzlich zu der derzeitigen Belastung der Schulbeschäftigten, zusätzlich zu den Arbeitszeiten von 46 Stunden und mehr, zusätzlich zu den zahlreichen Aufgaben, die uns in den letzten Jahren ohne Entlastungen uns aufgebürdet wurden (Stichworte: Inklusion ohne Konzept, Integration geflüchteter SuS, massive soziale/mentale Verwerfungen und Lernrückstände nach Corona).

Schon in den letzten Jahren hat sich die Zahl der langfristig erkrankten Schulbeschäftigten laut den offiziellen Zahlen drastisch erhöht:

**+ 70% an den Grundschulen,
+ 75% an den Stadtteilschulen.**

Ein klares Indiz für die Überlastung der Beschäftigten. Es ist deshalb nur noch zynisch, dass die SWK im weiteren Verlauf als „Ausgleich“ für die geplanten Maßnahmen von „vorbeugender Gesundheitsförderung mittels Achtsamkeitstrainings und eMental-Health-Angeboten“ spricht.



**Die GEW kommentierte treffend:
Mit Yoga in den Burnout!**

Welche Folgen hätten die Umsetzung der Maßnahmen der SWK für die Lage an den Schulen, für die Qualität des Unterrichts, für unsere Arbeits- und Lebensbedingungen und für die Gesundheit der Schulbeschäftigten? Sie werden verheerend sein. Unter die Räder kommen aber nicht nur die Schulbeschäftigten, sondern auch die Schülerinnen und Schüler und die Eltern.

Weiter Seite 10



Wie reagiert die Hamburger Schulpolitik? Immer wieder „Bla, bla, bla“!

Senator Rabe sprach im wöchentlichen Jubelbrief aus der Hamburger Straße Ende Januar von „mutigen Vorschlägen“, die nun „ohne jedes Tabu“ für die Hamburger Situation diskutiert werden müssten. Interessant ist dabei: Bisher hat die BSB für Hamburg bestritten, dass es überhaupt einen Lehrkräftemangel gebe. Nun wird zugestanden: Die personelle Lage hat sich verschlechtert. Im Durchschnitt fehlten 0,76 Lehrkräfte pro Schule.

1. Diese Zahl ist weit geschönt. Sie berücksichtigt nicht die wachsende Zahl der verzweifelten Versuche der Schulleitungen, die Lücken durch „Lehraufträge“ von z.B. Studierenden zu stopfen.

2. Der Mangel zeigte sich eben nicht flächendeckend. Er tritt an Stadtteilschulen tendenziell stärker zu Tage als an Gymnasien und in ärmeren Stadtteilen stärker als in reichen. Während also z.B. das Gymnasium Christianeum sogar einen Überhang von ca. 5 Stellen hat, leiden Stadtteilschulen in Arbeiterstadtteilen in Randlagen schon heute dramatisch (z.B. STS Otto-Hahn in Jenfeld: 10 Stellen fehlen, STS Wilhelmsburg: 9 Stellen fehlen, STS Mümmelmannsberg: 19 Stellen im Unterhang!).

Der Job der BSB: Tricksen, tarnen und täuschen

Einerseits will die die Schulbehörde also um öffentlich gut dazustehen über das wahre Ausmaß des Lehrkräftemangels von heute mit Taschenspielertricks hinwegtäuschen. Gleichzeitig behauptet sie, die SWK-Vorschläge seien derzeit nicht unmittelbar Gegenstand der Diskussion in Hamburg.

Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Im Gegenteil: Es liegt in der Natur der BSB, dass sie derzeit ihre Pläne noch nicht auf den Tisch legen will. Die Aufregung über die schon umgesetzten Maßnahmen und die Bildungspläne ist zurzeit ohnehin schon groß. Aber es wird hinter den Kulissen sicher mit Hochdruck gearbeitet. Diese aus ihrer Sicht einmalige Möglichkeit zum Ausquetschen der „Zitrone“ Arbeitskraft wird sich die Behördenleitung kaum entgehen lassen wollen.

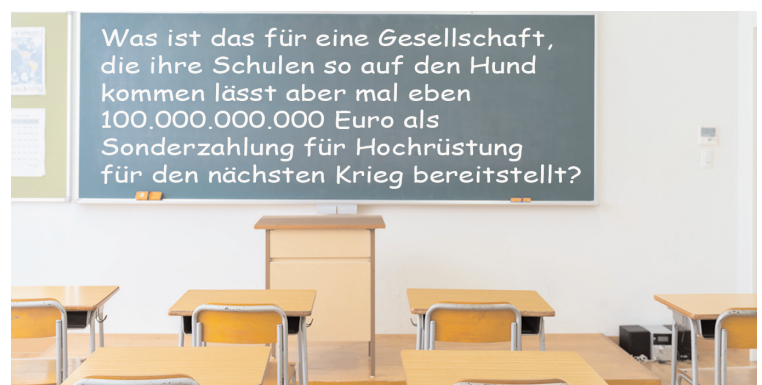
Ein idealer Zeitpunkt zur Verkündung weiterer Grausamkeiten aus Sicht der BSB wäre es doch, ein weiteres Maßnahmenpaket kurz vor den Sommerferien bekannt zu machen – zu einem Zeitpunkt, an dem alle Beschäftigten am Ende ihrer Kräfte sind und sich in die Ferien verabschieden.

Wir müssen vorbereitet sein - tragt die Infos in die Schulen!

- **Sprecht miteinander.
Ihr seid nicht allein.
Die Probleme sind nicht
individueller Natur!**
- **Plant Treffen der
gewerkschaftlichen
Basisgruppen.**
- **Unterstützt die GEW in
der Vorbereitung von
Gegenmaßnahmen.**
- **Bezieht Schülerinnen
und Schüler und
Eltern mit ein.**
- **Organisiert euch.**

**Geld ist genug da!
Es fließt nur in die falschen Kanäle!
Dieser Staat stellt 100 Milliarden Euro
als Sonderzahlung für Hochrüstung
und die nächsten Kriege bereit –
dieses Geld gehört in die Bildung
und sichert damit unsere Zukunft!!!**

Unsere Parteigruppe
Bildung/Erziehung
trifft sich regelmäßig in Eimsbüttel
im **Magda Thürey-Zentrum**.
Lindenallee 72, 20259 Hamburg
Gäste sind herzlich willkommen!
Kontakt: bildung.erziehung@dkp.de



Hamburger Klimaplan – viel heiße Luft!

Ende 2022 legte der Hamburger Senat einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Klimaplanes vor, der routinemäßig alle zwei Jahre erscheinen soll. Auf deren Grundlage wird der Hamburger Klimaplan fortgeschrieben. (Der Zwischenbericht findet sich auf der Seite Hamburg.de. Einfach nach Klimabericht suchen.)

Im ersten Hamburger Klimaplan wurde beschlossen, den CO₂ Ausstoß im Verhältnis zu 2012 um 2 Millionen Tonnen zu verringern. Das hat Hamburg geschafft und feiert sich dafür ordentlich. Die weitere Zielstellung des Hamburger Klimaplan ist es, dass der CO₂-Ausstoß bis 2030 um 45 Prozent und bis 2050 um 95 % reduziert werden soll. Alles immer in Bezug auf den Ausstoß von 2012.

So weit so gut. Hört sich super an und liegt voll im Rahmen des Pariser Abkommens.

Was ist denn dann das Problem?

Wie werden denn die aktuellen CO₂-Emissionen ermittelt? Das wird doch bestimmt einfach alles gemessen und dann den Quellen zugeordnet, also dem Verkehr, Heizen, Industrie, Landwirtschaft, Schifffahrt usw.

Nein, so wird es nicht gemacht. Hamburg wendet ein sogenanntes top-down-Prinzip an. Das Statistikamt Nord präsentiert immer Zahlen, die sich an dem Verursacherprinzip orientieren. „Eine Verursacherbilanz stellt dar, wie viele CO₂-Emissionen einem Bundesland auf Grund des Endenergieverbrauchs zuzurechnen sind. Es fließen sowohl Primärenergieträger, etwa Kohle und Erdgas, als auch Sekundärenergieträger wie Wärme und Strom in die Berechnung ein.“



Im Endeffekt kommt dann eine Rechnung von x Tonnen CO₂ pro Bewohner Hamburgs raus, die aus dem errechneten CO₂-Budget ganz Deutschlands umgerechnet wird. Aktuell verbraucht jeder Hamburger 9 Tonnen CO₂ pro Jahr, das soll auf 7,8 reduziert werden. Um einigermaßen klimaneutral werden zu können, müssen wir aber auf unter 3 Tonnen CO₂ pro Jahr kommen.

Statt also anzugeben, wieviel CO₂ von Verkehr, Heizen, Industrie, Landwirtschaft, Schifffahrt usw. ausgestoßen wird, wird das Problem individualisiert. Aber die meisten Menschen können sich als Mieter gar nicht aussuchen, wie sie heizen, oder als Benutzer des ÖPNV nicht, welchen Antrieb der Bus hat.

Außerdem wird damit der CO₂-Ausstoß der Industrie und vor allem des Hafens auf die einzelnen Bürger umgelegt.

Hinzu kommt das Problem: Wenn nicht gemessen wird, sondern nur aus einem Deutschland-Budget umgerechnet wird, erkennen wir nicht die Treibhausgasquellen. WissenschaftlerInnen der TU München haben zum Beispiel vor kurzem mit Flugzeugen Methan über dem Hamburger Hafen gemessen. Die Konzentrationen waren viel höher als das top-

down Prinzip vorsieht. Nicht so toll für die Klimaneutralität.

Das hat auch der wissenschaftliche Beirat bemerkt, der den Klimaplan evaluieren sollte. Er hält dazu fest: „Für alle Transformationspfade ist generell festzustellen, dass Umsetzungserfolge einschließlich einer quantitativen und qualitativen Auswertung nicht systematisch oder nur lückenhaft dargestellt werden.“ (Empfehlungen Klimabeirat 2022, Anlage 10)

Der Klimaplan für Hamburg, ist also gut gemeint, aber schlecht gemacht. Wahrscheinlich ist es aber auch gewollt, dass das Problem individualisiert wird und nicht die Hauptverursacher benannt werden. Die müsste man womöglich zur Verantwortung ziehen.



Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg, Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00

hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
✉ hamburg@dkp.de [f dkphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)
V.i.S.d.P: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

